

Teil III:

Wie aus guten Zutaten ein Menü wird

Bevor wir den Blick auf die Zukunft in Berlin richten, schauen wir kurz nach Paris, wo innerhalb einer Legislatur erstaunliche Entwicklungen gelungen sind. Daraus lässt sich lernen, wie aus Vorschlägen auf dem Papier rasch Umsetzungen in der Realität werden können.

Auf dem Hauptgebäude der Post in Paris bauen die dort Beschäftigten Gemüse an.



15. Blick über die Dächer von Paris

Ziele stehen hier im Zentrum

Matthias Schmitz arbeitet in der Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. 2019 bekam er die Möglichkeit, in der Pariser Verwaltung zu hospitieren. Dort gibt es eine achtköpfige Arbeitsgruppe, die sich um Bauwerksbegrünung und urbane Landwirtschaft kümmert. Was er dort erlebt hat, hat den Ingenieur für Landschaftsplanung schwer beeindruckt.

Fünf Jahre zuvor war Anne Hidalgo zur ersten Bürgermeisterin von Paris gewählt worden, nachdem sie in einem fast 200-seitigen Programm dargestellt hatte, wie sie die Stadt binnen sechs Jahren auf den Weg zur nachhaltigen, verantwortungsbewussten und innovativen Metropole bringen wollte. Dazu zählte beispielsweise eine radikale Dezimierung der Parkplätze, um Radlerinnen und Flaneuren mehr Raum und Ruhe zu verschaffen.

Ganz oben auf der Prioritätenliste stand auch das Thema Ernährung und produktive Stadt. In großem Umfang sollten im Pariser Stadtgebiet wieder Lebensmittel erzeugt werden, hatte die Sozialistin angekündigt. „Ich möchte Paris begrünen, wo immer es geht. Die Natur sollte sich nicht auf geschlossene Parks beschränken, sondern sich über Dächer, Fassaden und Straßen erstrecken. [...] Um diesen Anspruch massiv auszubauen, werden 100 Hektar Dächer und Fassaden bepflanzt, wovon 30 Prozent der Produktion von Obst und Gemüse gewidmet sind. Alle Grünflächen und diese Dächer werden auch Rückzugsgebiete für die biologische Vielfalt sein.“ Die Dachgärten sollten in Hidalgo's Vorstellung öffentlich zugänglich sein und zusammen mit vielen anderen Maßnahmen zur

Luftverbesserung beitragen. „Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um dies zu erreichen“, schrieb sie der stellvertretenden Bürgermeisterin Pénélope Komitès ins Aufgabenbuch, die sie mit der Umsetzung beauftragte. Auch sie gehört der „Parti Socialiste“ (PS) an und hat früher Greenpeace Frankreich geleitet.

„Das Ziel ist übertroffen worden“, meldete sie am Ende der Legislatur. Tatsächlich gibt es heute in der Pariser Innenstadt 116 Hektar begrünte Bauwerke, wobei allerdings 74 Hektar schon länger bestanden hatten. Trotzdem ist die rasche Ausweitung äußerst bemerkenswert in einer Stadt, in der Flächen extrem knapp und entsprechend teuer sind: Paris ist die am dichtesten besiedelte Metropole Europas.

Vergleicht man die existierenden Grünflächen in Paris und Berlin, so ist die Lage in der deutschen Hauptstadt pro Kopf gerechnet um den Faktor sieben bis zehn günstiger, hat Schmitz ausgerechnet. Ob in Paris auch die 30 Hektar Gemüse- und Obstanbau im Innenstadtbereich schon erreicht sind, ist nicht ganz klar. Manche Projekte sind noch nicht fertig umgesetzt und außerdem ist das Ergebnis auch von der Zählweise abhängig: Wie kalkuliert man Fassadenpflanzungen oder mehrere Meter hohe Säulen, aus denen Erdbeer- oder Salatpflanzen übereinander wachsen?

Stadtverwaltung als Ermöglicherin

Um Flächen zu akquirieren, sicherte sich die Stadtregierung in einem ersten Schritt die Unterstützung von 80 privaten und öffentlichen Unternehmen und Organisationen, die sich als Partner der Charta „Objectif 100 hectares“ deklarierten. Damit verpflichteten sie sich, Flächen für Projekte der urbanen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen und selber aktiv an der Begrünung ihres Eigentums mitzuwirken. Unter den Beteiligten waren Lebensmittel- und Hotelketten, das Centre Pompidou, Wohnungsbaugesellschaften und städtische Versorgungsbetriebe. Nach öffentlichen Begehungen konnten Landwirten und Architektinnen, Designerinnen und Landschaftsgärtner, Unternehmen und Initiativen Vorschläge einreichen. Eine Jury prämierte 2016 bei der ersten Projektausschrei-

bung 33 Ideen, die die Bewerber*innen dann tatsächlich umgesetzt haben; später gab es noch weitere Runden.

Die Projekte sind vielfältig und kreativ, klein und groß. Die Stadt Paris nahm bei der Umsetzung die Rolle der Unterstützerin und Vernetzerin ein. Anders als die Senator*innen in Berlin haben die Pariser Vizebürgermeister*innen kein ihnen fest zugeordnetes Ressort mit entsprechender Verwaltung, sondern sie bekommen Aufgabenpakete und Ziele. Für deren Bearbeitung kooperieren sie dann mit den entsprechenden Verwaltungseinheiten. „Das fachübergreifende Denken wird in Paris betont“, so Schmitz.

Für die erste Projekt-Runde stellte die Stadtregierung 2,5 Millionen Euro bereit. Damit wurden Wasseranschlüsse und Geländer gegen Absturzgefahren installiert und sonstige bauliche Voraussetzungen geschaffen. Das übrige Geld mussten sich die Ideengeber*innen anderweitig besorgen. Einer Postmitarbeiterin gelang das durch Crowdfunding – und nun züchten sie und ihre Kolleg*innen auf dem Dach des Post-Verwaltungsgebäudes Lauch und Bohnen, Bienen und Kürbisse für den Kantinen- und Eigenbedarf der Belegschaft. In einer ehemaligen Tiefgarage sprießen heute Pilze und Chicorée, wodurch mehrere Arbeitsplätze entstanden sind. Die dort anfallenden natürlichen Abfälle werden an andere urbane Gartenprojekte weitergegeben.

Manche Projekte sind gemeinwohlorientiert, andere kommerziell, manche nutzen Erde, andere setzen auf Hydroponik. Auf dem Dach eines neuen Carrefour-Supermarkts baut ein Unternehmen vielfältige Tomaten und alte Gemüsesorten an und heizt das Gewächshaus mit der Abwärme aus den Kühlgeräten im Einkaufsbereich. Unmittelbar nach der Ernte beliefert das Unternehmen den Laden untendrunter – und die Kundschaft ist bereit, für die lokale Bio-Produktion einen höheren Preis zu bezahlen.

Auf einem riesigen Gebäudekomplex im neuen Stadtteil La Chapelle International entsteht gegenwärtig eine 7.000 Quadratmeter große, öffentlich zugängliche Stadtfarm unter dem Namen Mushroom. Das Startup Cultivate plant, die Produktion in der unmittelbaren Umgebung zu verkaufen. Das ganze Jahr über sollen Kräuter, essbare Blumen und Salate in einem Gewächshaus angebaut wer-

den, das durch die Abwärme des größten Pariser Rechenzentrums geheizt werden wird.²³⁹ Auf einer Messehalle sind 2020 bereits große Flächen mit Vertikalbeeten in Betrieb gegangen, die perspektivisch von 20 Gärtner*innen bewirtschaftet werden sollen.²⁴⁰

Fruchtbarer Boden für gute Lösungen

Schon seit 1997 gibt es in Paris das „Haus des Gärtners“, wo sich jeder und jede kostenlos von Expert*innen beraten lassen, die Bibliothek benutzen oder Fachveranstaltungen besuchen kann. Auch ein Lehr- und Versuchsgarten existiert dort. Dreimal im Jahr findet ein Tauschmarkt für Gartengeräte und Sämereien statt. Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren hunderte von Schulen mit Gemüsebeeten, Gerätschaften, Kompostern und Saatgut ausgestattet.

All diese Aktivitäten werden im Pariser Grünflächenamt koordiniert; die zuständigen Abteilungen haben einen kurzen Draht zueinander. So fließen die Informationen geballt zusammen, und weil fachübergreifendes Denken großgeschrieben wird, wächst das Wissen durch den kollegialen Austausch ständig. Das ist fruchtbarer Boden, um wirkungsvolle Umsetzungsstrategien zu entwickeln und Lösungen für Probleme zu finden. Dagegen versucht Berlin, die Verwaltung schlank zu halten. Viele Arbeiten werden deshalb ausgeschrieben und an externe Dienstleister vergeben – deren Wissen nach Auftragsende nicht mehr zur Verfügung steht.

Begeistert ist Schmitz auch von der guten Öffentlichkeitsarbeit in Paris. „Es geht darum, die Bevölkerung zum Mitmachen und Mitdenken zu motivieren.“ Nicht nur gibt es Broschüren zu vielfältigen Themen der Lebensmittelproduktion und Ernährungsbildung, die konkretes Tun und Selbstorganisation der Bewohnerschaft anregen, sondern auch eine thematisch gut gegliederte Informations-, Austausch- und Vernetzungsplattform.

Zugleich wurde die lokale Bauordnung an die neuen Ziele angepasst. Gewächshäuser auf dem Dach dürfen nun die Traufhöhe überragen, und Neubauten mit einer Dachfläche von mindestens 100 Quadratmetern müssen begrünt werden. Ab 500 Quadrat-

metern ist dort natürlicher Boden oder ein Substrat auszubringen, auf dem urbane Landwirtschaft möglich ist. Wo die Stadt selbst Gebäude errichtet, sind die Architekt*innen verpflichtet, die für die Begrünung der Stadt zuständige Verwaltungsstelle einbeziehen. Auch ein Programm zur Entsiegelung und Bepflanzung von Innenhöfen wurde verabschiedet.

Dass die Umsetzung der Hidalgo-Pläne so erfolgreich verläuft, führt Schmitz zum einen darauf zurück, dass es einen visionären Leitgedanken und ein großes, attraktives Ziel gibt. Zum zweiten setzt diese Politik darauf, viele Mitwirkende zu gewinnen und sie dabei zu unterstützen, ihre Ideen umzusetzen. So half die Stadt den Projekt-Initiator*innen, indem sie die Flächen suchte und deren Erschließung organisierte. Den Rest überließ sie dann aber weitgehend den späteren Betreiber*innen. Wo nötig wurden Verwaltungsvorschriften wie die Mindestbreite von Bürgersteigen außer Kraft gesetzt, um beispielsweise Platz für Hopfenpflanzen zu schaffen. Die ranken nun an vielen Gebäuden hoch und werden von Pariser Brauereien verarbeitet.

2020 wurde Anne Hidalgo erneut zur Bürgermeisterin von Paris gewählt. Zwar gab es zwischenzeitlich viel Ärger; insbesondere Autofahrer*innen protestierten gegen den grünen Stadtumbau. Doch die Mehrheit der Pariser*innen findet die Neuerungen offenbar gut.

Auf Berlins Dächern gibt es noch viel Platz für Gemüse, Solar-energie und mehr Lebendigkeit.



16. Die Zutaten für eine gute Zukunft in Berlin sind da

Jetzt muss es an die Zubereitung gehen

Das Pariser Vorbild zeigt, wie eine klare Vision ressortübergreifend so umgesetzt werden kann, dass sie schnell zur Realität wird. Dafür braucht es klar formulierte Ziele und eine gute Strategie, die das hoch komplexe Thema integriert betrachtet und angeht. Von diesen Erfahrungen kann Berlin lernen. Denn hier herrscht immer noch das „Silodenken“ vor: Jeder einzelne Fachbereich orientiert sich an den eigenen Prioritäten und schenkt den Wechselwirkungen mit anderen Themen zu wenig Beachtung. So hat der Berliner Senat zum Beispiel – zu Recht – die Klimanotlage ausgerufen und erklärt, dass das Land bis 2050 klimaneutral sein soll.²⁴¹ Um dieses Ziel zu erreichen, muss aber Ernährung eine wichtige Rolle spielen: Die Wissenschaft ist sich einig, dass unsere heutige Art zu essen und zu trinken einer der klimarelevantesten Faktoren ist. Wird der gesamte Produktionsprozess inklusive Lebensmittelverschwendung einbezogen, entstehen hier mindestens ein Fünftel, wahrscheinlich eher ein Drittel der Emissionen, die den Globus erhitzen.²⁴²

Der scheidende Senat hat bei den angekündigten Klimaschutzmaßnahmen das Thema Ernährung allerdings komplett ignoriert: In dem 20-seitigen Maßnahmenkatalog vom Juni 2021 findet sich kein einziges Wort dazu.²⁴³ Nur weil heute fast die gesamten Nahrungsmittel von außen in die Stadt kommen, werden die notwendigen Emissionssenkungen in diesem Bereich offenbar übersehen. Doch auch Berlin muss Verantwortung übernehmen: Verkauf und Konsum von Lebensmitteln tragen zu Art und Umfang der Produktion bei und damit auch zur Erhitzung der Erde. Auf einem endli-

chen Planeten ist es sinnlos, einer Region nur die klimaschädlichen Gase zuzurechnen, die unmittelbar vom eigenen Gebiet aus in die Atmosphäre geblasen werden. Bisher gibt es in Berlin nicht einmal Zahlen zur Herkunft der hier verbrauchten Nahrung. Die Mengen, die im Müll landen, sind ebenfalls unbekannt – obwohl das ebenfalls ein wichtiger Klimafaktor ist.

Das macht deutlich, dass politische Zusagen zur Reduktion von Klimagasen zwar wichtig sind, damit Druck entsteht und überhaupt etwas passiert. Als konkrete Handlungsanleitung taugen sie bisher aber nur sehr begrenzt, weil sie auf isolierte Bereiche wie Energieversorgung beziehen und dabei einfach messbare, oft technische Änderungen ins Zentrum stellen.

So werden viele Chancen übersehen, die in einer integrierten Betrachtung aller Lebensbereiche zu guten und umfassenden Lösungen führen könnten. Vorbild dafür müsste die Funktionsweise der Natur sein. Dort gibt es keinen Müll, alle Ressourcen werden immer wieder genutzt: Was ein Wesen ausscheidet, ist Nährstoff für andere. Lebensmittelproduktion auf Dächern oder in geschlossenen Aquaponikanlagen kann Abwärme und Abwasser aus den Häusern nutzen und dabei unterbrochene Stoffkreisläufe wieder schließen. Auch hierbei entstehen Beiträge zum Klimaschutz. Solche Potenziale sollten mitbedacht werden, bevor sich Berlin möglicherweise darauf festlegt, Dächer ausschließlich für Photovoltaikanlagen zu nutzen.

Gebraucht wird eine echte Ernährungsstrategie

Der Komplexität der notwendigen Änderungen ist mit fixen Plänen nicht beizukommen. Denn klar ist auch: Klimaschutz ist nur eine der existenziellen Menschheitsfragen. Artensterben und die gestörten Phosphor- und Stickstoffkreisläufe sind ebenso relevant, hinzu kommt die zunehmende Wasserknappheit. Nur mit ganzheitlichen Ansätzen lassen sich diese eng miteinander verbundenen Probleme angehen. Die Ziele müssen also größer und umfassender gesteckt sein. Gesucht wird eine menschliche Lebensweise, die mit

den natürlichen Kreisläufen auf Dauer kompatibel ist, sich bestenfalls in diese einfügt.

Was die Ernährung angeht, gibt es wunderbarer Weise bereits einen solchen Zielrahmen – und große Expertise sitzt auch noch ganz in der Nähe von Berlin: Der Leiter des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung Johan Rockström hat zusammen mit internationalen Wissenschaftler*innen die „Planetary Health Diet“ entwickelt (siehe S. 54).²⁴⁴ Der Speiseplan für Mensch und Erde ist eine Pro-Kopf-Berechnung der verfügbaren Lebensmittel und so zusammengestellt, dass er für alle Kulturen nutzbar ist. Somit lässt sich daraus der Rahmen ableiten, in dem sich das Berliner Ernährungssystem entfalten kann, soll die Stadt tatsächlich wie angekündigt 2050 klimaneutral werden.

Rockström und seine Kolleg*innen haben sich bei ihren Berechnungen zudem nicht aufs Klima allein fokussiert, sondern auch die anderen großen ökologischen Menschheitsthemen mit einbezogen. Etwas anderes macht auch keinen Sinn. Störungen in einem Feld bedingen und verstärken Probleme an anderen Stellen. Im Umkehrschluss heißt das aber auch: Durch kluges Vorgehen können viele Probleme gleichzeitig angegangen werden.

Ein großes Ziel fehlt dem vom Berliner Senat als „Ernährungsstrategie“ vorgelegten Aktionsplan „Berlin is(s)t so“ völlig. Zwar sind die dort aufgeführten Pläne und Aktivitäten jede für sich gesehen sicher gute Ansätze. Doch bei den Ressortabstimmungen fokussierten sich die Beteiligten auf ihre jeweilige Fachperspektive und deren Regularien. Herausgekommen ist schließlich eine Sammlung von Handlungsfeldern, ohne dass ein gemeinsamer Rahmen für stadtweites Handeln entstanden wäre.

Für die Ernährungswende braucht es jedoch eine integrierte Herangehensweise, die Ernährung als Querschnittsthema begreift und ein klar umrissenes Ziel als Kompass für Aktivitäten beinhaltet. Das zeigt dann allen Beteiligten die Richtung und regt ihre Phantasie und ihren Ehrgeiz an. Deshalb sollte das Thema in einer neuen Landesregierung ganz oben angesiedelt und als Querschnittsthema konzipiert sein. Auch enge Verbindungen zu Brandenburg sind hier unbedingt zu knüpfen.

Ungeeignet sind dagegen Förderprogramme für einzelne, isolierte Projekte, bei denen sich die Antragstellenden in vorgegebene Schablonen einpassen müssen. So können die notwendige Kreativität und Vernetzungsdynamik nicht entstehen. Zusätzlich wird auch noch viel Energie dafür verschwendet, den bürokratischen Vorgaben gerecht zu werden.

Auch starre Verwaltungspläne sind für die Lösung der aktuellen Probleme ungeeignet. Denn im Umsetzungsprozess entstehen Folgen, Wechselwirkungen und Rückkopplungen, die am Anfang nicht vorhersehbar waren. Erst im Tun wird deutlich werden, wo es rasch voran geht oder wo sich unerwartete Hürden auftürmen. Auch können negative Auswirkungen an unvorhergesehenen Stellen auftreten. Dann muss rasch nachgesteuert werden können. Bei einem solchen Vorgehen hat die Verwaltung nicht nur die Rolle der Ermöglicherin.

Sie muss auch dafür sorgen, unerwünschte Folgen transparent zu machen und bei Gefahren einzugreifen. Wie so etwas aussehen kann, hat Paris mit seinem 100-Hektar-Programm vorgemacht. Auch in der Berliner Verwaltung gibt es Menschen, die mit einer solchen Haltung an ihre Arbeit herangehen. Doch die aktuellen Vorgaben und Strukturen wirken bremsend statt fördernd.

Somit gilt es klar zu benennen, wo Berlin hinwill und dann Möglichkeitsräume für Lösungen zu eröffnen. Als ein wichtiges Ziel für Berlin fordert der Ernährungsrat: Im Jahr 2030 gibt es hier gutes Essen für alle – nicht nur für Wohlhabende – und die Ernährungsweise der Berliner Bevölkerung ist mit den planetaren Grenzen vereinbar.

Eine solche Absicht ist nicht nur vorstellbarer als Angaben, wieviel Tonnen CO₂ im Jahr eingespart werden müssen. Sie ist auch attraktiv, weil sie eine gute Zukunft in Aussicht stellt und Ernährungssouveränität ermöglicht – und damit Gestaltungsmacht in einem zentralen Alltagsbereich aller Bewohner*innen.

Die Ernährungswende kann nur mit breiter Beteiligung gelingen

Als ein wichtiges Element im Kompass für eine gute Zukunft kann die „Planetary Health Diet“ dienen. Der Weg zum Ziel liegt jedoch im Nebel. Schließlich sehen die heutigen Produktionsbedingungen und Handelsstrukturen, die Esskultur und individuellen Prioritäten noch komplett anders aus. Grundlegende Änderungen der Lebens- und Wirtschaftsweise sind nötig.

Der Berliner Ernährungsrat ist überzeugt: Nur gemeinsam und mit der Aktivierung der Kollektivintelligenz können die erforderlichen Entwicklungen stattfinden. Dafür gilt es einerseits, die vielen bereits vorhandenen Bausteine für eine Ernährungswende in Berlin-Brandenburg sichtbar zu machen, zu vernetzen und durch geeignete Infrastrukturen zu unterstützen und zu verstärken. Andererseits werden fundamentale Neuerungen aber nur möglich, wenn die Bevölkerung aktiv und demokratisch beteiligt ist.

Bürger*innenräte haben bereits bei anderen Themen und in mehreren Ländern gezeigt, dass viele innovative Lösungen gefunden werden können, wenn repräsentative, durch Losverfahren ausgewählte Gruppen sich ernsthaft mit gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen. Anders als Wissenschaftler und Politikerinnen denken solche Gruppen nicht in Fachbereichen oder Ressorts, sondern lebensweltlich und damit bereichs- und sektorübergreifend. Damit besteht die Chance von ganzheitlichen Vorschlägen, in die die unterschiedlichen soziale Perspektiven eingeflossen sind. Solche Pläne haben zudem den Vorteil, dass sie stärker überzeugen und zum Mittun anregen als Vorschriften „von oben“.

Der vom französischen Staat beauftragte Bürgerkonvent für das Klima hat beispielsweise die Schaffung von Gemüseanbau-Gürteln rund um städtische Zentren, eine massive Unterstützung des ökologischen Landbaus sowie eine stark vegetarisch und regional geprägte Gemeinschaftsverpflegung gefordert.²⁴⁵ Auch im deutschen Klima-Bürger*innenrat stimmten mehr als drei Viertel der 160 Beteiligten für den weitgehenden Verzicht auf Fleisch- und Milchprodukte und eine natur- und klimaschonende Lebensmittelproduk-

tion. Allerdings wurde dieses repräsentativ zusammengesetzte Gremium nicht vom Bundestag eingesetzt, sondern die Scientists for Future und der Verein Bürgerbegehren Klimaschutz organisierten die zwölf Sitzungen.²⁴⁶

Nur wenn die Teilnehmenden davon ausgehen können, dass Ihre Vorschläge ernst genommen werden und staatliches Handeln und Gesetzgebungsprozesse beeinflussen können, werden Menschen bereit sein mitzuarbeiten. Wie es nicht laufen darf, zeigt der letztlich im Sande verlaufene Beteiligungsprozess zum Tempelhofer Flughafengebäude. Am Ende blieb bei den engagierten Bürger*innen der Eindruck, ehrenamtlich für den Papierkorb gearbeitet zu haben. Solche Pseudo-Partizipationsprozesse untergraben Engagement und das Vertrauen in die Demokratie.²⁴⁷

Immerhin hat der Berliner Senat in seiner Maßnahmenliste zur Bekämpfung der Klimanotlage als letzten Punkt aufgeführt, „prüfen“ zu wollen, ob ein Klimabürger*innenrat eingesetzt wird, der „Vorschläge und Handlungsempfehlungen für ein klimaneutrales Berlin vorlegen soll.“²⁴⁸

Ein Bürger*innenrat, der sich speziell mit Ernährung beschäftigt, erscheint angesichts der Vielfalt der zu beachtenden Aspekte ebenfalls notwendig. Doch das wird nicht reichen. Denn was ansteht, ist die Wiedererlangung der Ernährungssouveränität in einer Millionenstadt – und da müssen sehr, sehr viele mitgestalten, mitdenken, mitmachen.

Der Berliner Ernährungsrat fordert einen Ernährungscampus

So steht über allem die Frage, wie der Umbau des Ernährungssystems breite Unterstützung finden und rasch an Fahrt gewinnen kann. Weil es um komplexe und langfristige gesellschaftliche Prozesse geht, fordert der Berliner Ernährungsrat, einen Ernährungscampus einzurichten. Dieser öffentlich finanzierte Ort soll allen Bewohner*innen der Metropolregion zugänglich und als Commons Public Partnership (CPP) angelegt sein. Dabei handelt es sich im Gegensatz zu hinlänglich bekannten Public Private Partnerships

(PPPs) um einen Vertrag des Staates mit nicht-marktorientierten Akteuren – ein Modell, das in Italien und Frankreich seit einigen Jahren bereits zum Einsatz kommt. In diesem Experimentier- und Möglichkeitsraum erhält die Stadtgesellschaft die Chance, sich ernährungspolitisch gemeinsam auszurichten und die Ernährungswende als ihr ureigenes Anliegen zu begreifen, zu gestalten und gemeinsam zu verfolgen.

Auf dem Ernährungscampus sollte eine echte und kontinuierliche Teilhabe der Bevölkerung an Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen stattfinden – denn nur so gibt es eine realistische Aussicht, breit getragene Akzeptanz und Umsetzungsstrategien zu entwickeln. Zum Einsatz kommen können viele bewährte und geeignete Instrumente und Organisationsmethoden, die sowohl Gruppenintelligenz und Kreativität befördern als auch rasche Entscheidungsfindungen in Umsetzungsprozessen ermöglichen. Neben Bürger*innenräten und Konventen sind das soziokratische Strukturen und Kommunikation, Co-Creation, Systemanalyse, Theorie U – um nur einige zu nennen.

Forscher, Expertinnen, Politiker und Praktikerinnen sind Unterstützer der Prozesse. Sie werden eingeladen, um zur aktuell diskutierten Sache gehört und befragt zu werden. Im Zentrum aber steht, dass Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Hintergründen die Ernährungswende selbst in ihre Hände nehmen, indem sie sich gegenseitig konkrete Ideen, Absichten und Vorschläge vorstellen, einander zuhören, gemeinsam Neues entwickeln, es ausprobieren, über die Ergebnisse diskutieren, Verbesserungen auf den Weg bringen, sie zusammen betrachten, neu entscheiden und so fort. Der Ernährungscampus soll als lernendes System funktionieren. Hier verfolgen Menschen gemeinsam ihre Absichten für eine klima- und sozial gerechte Ernährung in Berlin-Brandenburg. Ihre Pläne und konkreten Aktivitäten sind Transformationsschritte, die die Ernährungswende auch für andere erlebbar machen.

Ziel des so konzipierten Ernährungscampus ist es, so rasch wie möglich breit akzeptierte Antworten zu finden auf die großen, drängenden Fragen: Wie schaffen wir es, in Berlin bis 2030 klimagerecht zu essen? Wie können Produktion und Konsum aller

Lebensmittel die planetaren Grenzen wahren und zugleich sozial fair sein? Wie organisieren wir für alle Berliner*innen eine gute Ernährung, die ihnen schmeckt? Wie ermöglichen wir den Zugang aller Bewohner*innen zu guten Lebensmitteln?

Gestaltung der Zukunft statt Papiertiger

Womöglich gründen sich auf dem Ernährungscampus sogar kreative Schreibwerkstätten, in denen gute, allen verständliche und wahrhaft gemeinwohlorientierte Gesetzesvorschläge erdacht, diskutiert, fortentwickelt und aufgeschrieben werden. Die hier abgestimmten Empfehlungen der Bevölkerung sollten die Chance bekommen, im parlamentarischen Prozess tatsächlich Teil neuer Gesetzgebung zu werden. Zeitnah und direktdemokratisch könnten sie dann in zukunftsfähige Politik umgesetzt werden.

Bisher wurden Gesetze meist erst dann angepasst, wenn gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen zeigten, dass der Rechtsrahmen den neuen Bedingungen nicht mehr entsprach. „Mochten frühere Epochenbrüche dieser Logik gefolgt sein – erst die Basis, dann der Überbau – die Klimakrise zwingt uns, dieses Verhältnis auf den Kopf zu stellen: Die Denkweisen und die Politik und das Recht müssen vorangehen und die ungeheure Basis, die ökonomischen Produktionsbedingungen umwälzen“, schreibt der Journalist Matthias Greffrath.²⁴⁹

Die Zeit drängt, fundamentale Änderungen sind notwendig. Das verlangt auch der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zu Freiheit und Klimaschutz von Ende April 2021. Die obersten Richter*innen haben die Gefahr beschrieben, dass der Gesetzgeber auf langfristig wirkende und allgemeine Interessen „schwerfälliger“ reagiert als auf Probleme, die innerhalb einer Legislatur zu regeln sind – und dass das zu Lasten künftiger Generationen geht.²⁵⁰

Dabei liegt das notwendige Wissen längst vor, mehrere Expert*innen-Gremien haben im Auftrag der Regierung die einschlagende Richtung klar beschrieben. Professor Grethe von der Humboldt-Universität, der im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums den Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik, Er-

nährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz geleitet hat, stellt die rhetorische Frage: „Wieviel Kommissionen will die Regierung noch einsetzen, bis sie endlich an die Umsetzung geht?“ Nicht nur das von ihm geleitete Gremium hat im Juni 2020 eine über 800-seitige Expertise vorgelegt.²⁵¹ Die Borchert-Kommission hat sich intensiv mit notwendigen Reformen in der Nutztierhaltung beschäftigt,²⁵² und in der Zukunftskommission Landwirtschaft haben Bauernverbände, Verbraucher- und Umweltschutzverbände 2021 eine wegweisende Verständigung erzielt.²⁵³ Dass es Urteile wie das des Bundesverfassungsgerichts brauche, damit sich etwas bewegt, sei ein „Symptom der Gestaltungsverweigerung der Politik“, so Grethes Urteil.

Neue Wege müssen gefunden werden, damit es schneller geht. Erfahrung mit „von unten“ vorangetriebene Gesetzesinitiativen gibt es schon. So geht beispielsweise das Berliner Mobilitätsgesetz auf die Initiative Volksentscheid Fahrrad zurück, dessen Ursprungstext von einer parteiunabhängigen Gruppe innerhalb kurzer Zeit entwickelt wurde. Auch die Grundkonstruktion des im Jahr 2000 in Kraft getretenen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hatten sich viele Jahre vorher engagierte Menschen ausgedacht, die der Solarenergie zum Durchbruch verhelfen wollten. Gerade weil sie zielorientiert und unabhängig von etablierten Lobbyinteressen denken konnten, gelang ihnen ein innovativer Ansatz.

Die Metropolregion Berlin-Brandenburg hat ein großes Potenzial, zu einem Hotspot der Ernährungswende zu werden: Es gibt hier bereits extrem viel Expertise sowohl auf wissenschaftlichem wie auf zivilgesellschaftlichem Feld. Für die Vernetzung gilt es, gute Bedingungen zu schaffen. Wenn der Ernährungscampus als Ermöglichungs-Ort konzipiert wird, wo gemeinsam intensiv an Innovationen auf demokratischer, praktischer, kommunikativer und rechtlicher Ebene gearbeitet wird, besteht die Chance, mit einer Ernährungswende in Berlin-Brandenburg die Zukunft zu gestalten. Versuchen wir es: Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren!